

Landeshauptstadt Magdeburg

Stellungnahme der Verwaltung

öffentlich

zum/zur

F0197/10 Stadtrat Andreas Budde Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!

Bezeichnung

Call-Center-Erweiterung in Magdeburg

Verteiler

Tag

Der Oberbürgermeister

18.01.2011

Stadtamt

III Team 2

Stellungnahme-Nr.

S0012/11

Datum

13.01.2011

Die Anfrage nimmt Bezug auf Medienberichte über die Erweiterung der beiden größten Call-Center in Magdeburg und greift die Problematik der teilweisen Beschäftigung im Niedriglohnssektor und die Konsequenzen daraus für den städtischen Haushalt wegen ergänzender Leistungen zum ALGII auf. Die Fragen im Einzelnen

1. Welche Gründe, außer den oft zitierten sprachlichen Vorteilen sieht das Wirtschaftsdezernat für die Expansion der Call-Center am Standort Magdeburg?
2. Handelt es sich bei den derzeit durch die Unternehmen ausgewiesenen Stellen überwiegend um Vollzeitstellen?
3. Gibt es eine Rahmentarifvereinbarung in die die Call-Center eingebunden sind? Wenn nein, welche Auswirkungen sind damit für die Stadt Magdeburg verbunden?

Dazu wird wie folgt Stellung genommen:

Vorab sei bemerkt, dass die Call-Center-Branche ein wichtiger Arbeitgeber für die Landeshauptstadt Magdeburg ist. Die Branche weist in der Stadt etwa 6000 Beschäftigte auf und verfügt derzeit noch über zahlreiche freie Stellen. Auch in absehbarer Zukunft wird die Branche wachsen und in Magdeburg einen erheblichen Arbeitskräftebedarf haben. Damit hat sich die Call-Center-Branche zu einem Entwicklungscluster für die Stadt entwickelt.

Zu 1.

Von den großen Call-Center-Unternehmen werden als wichtigste Standortvorteile Magdeburgs gegenüber anderen Standorten die für Arbeitnehmer gute Arbeitsmarktsituation und das gute Bildungsniveau der Arbeitskräfte (Studenten und Universitätsabsolventen) angeführt.

Weitere Gründe sind das gute Angebot an Immobilien und die preiswerten Büromieten. Teilweise werden auch die günstigen Förderbedingungen als Grund für die Ansiedlung oder Erweiterung angeführt. Von eher untergeordneter Bedeutung sind die in der Anfrage zitierten sprachlichen Vorteile.

Die befragten Call-Center führen als positiven Aspekt für den Call-Center-Standort Magdeburg auch die spezifische Unterstützung durch das Dezernat III an. Dazu gehören Netzwerkarbeit in Form eines Stammtisches, der in unregelmäßigen Abständen zusammenkommt, und in letzter Zeit die koordinierende Begleitung beim „Call-Center-Tag“ (Tag der offenen Tür) am 26. März 2009 und beim Bewerbungstag am 08. September 2010.

Beide Veranstaltungen wurden zur Imagepflege und zur Anwerbung neuer Mitarbeiter genutzt und fanden unter der Schirmherrschaft des Oberbürgermeisters ein breites Medienecho. Im März 2009 haben mehr als 3000 Besucher die Gelegenheit zur Information und zu Bewerbungsgesprächen genutzt, im September 2010 haben über 500 Bewerber Gespräche mit den Unternehmen geführt. Deshalb soll der Bewerbungstag im Jahre 2011 wiederholt werden.

Das Dezernat III leistete nach Insolvenz des Quelle-Call-Centers auch einen Beitrag zur Vermittlung von freigesetzten Arbeitskräften innerhalb der Branche.

Zu 2.

Die Call-Center-Branche ist überwiegend durch Teilzeitkräfte geprägt, im Ausmaß jedoch von Unternehmen zu Unternehmen unterschiedlich. Der Anteil von Teilzeitkräften liegt zwischen 50% und bis zu 80% je nach Unternehmen. Bei den wirtschaftsnahen Dienstleistungen werden zunehmend Vollzeitkräfte eingesetzt.

Der hohe Anteil der Teilzeitkräfte macht die Unternehmen flexibler. Die Arbeitszeit kann von Monat zu Monat oder gar von Woche zu Woche (z.B. steigende Nachfrage durch Unternehmen, festtagsbezogene Bestellungen durch Bürger) schwanken. Es gibt überwiegend Schichtarbeit.

Die Arbeitnehmer sind überwiegend Frauen, die aus familiären Gründen die Möglichkeit der Teilzeittätigkeit gern nutzen. Probleme gibt es bei der Absicherung der Schichtarbeit, da es häufig an für diesen Zweck geeigneten Kindergartenplätzen fehlt.

Zu 3.

In der Call-Center-Branche gibt es überwiegend unternehmensspezifische Tarifverträge. Die Branche hat keinen einheitlichen Tarifvertrag.

Ob ganze Branchen oder einzelne Arbeitgeber in Rahmentarifvereinbarungen eingebunden sind oder nicht, kann vom Dezernat III nicht eingeschätzt werden. Möglichkeiten kommunaler Einwirkung auf die Tarifpolitik, auch in Verbindung um die Diskussion um einen Mindestlohn, bestehen nur im begrenzten Umfang. Spezifische Auswirkungen von „Niedriglöhnen“ auf den städtischen Haushalt können nicht ermittelt werden.

Rainer Nitsche
Beigeordneter